

Beschlussvorlage
188/2018

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
19.11.2018	Kreisausschuss	öffentlich	beratend
12.12.2018	Kreistag	öffentlich	entscheidend

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Finanzielle Auswirkung:

Ja Nein

Leistungsbezeichnung:	
Produktsachkonto:	
Investitionsmaßnahme/Projekt:	
Haushaltsansatz:	
Noch verfügbar:	
Bemerkungen:	

Bad Dürkheim, 12.11.2018

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Die vorliegende Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2019 wurde auf der Grundlage der Vorberatungen in den Fachausschüssen und den Orientierungsdaten aus dem Haushaltsrundsreiben des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz für die kommunale Haushaltswirtschaft 2019 erstellt.

Der Gesamtergebnisplan weist ordentliche Erträge in Höhe von 186.730.822 € und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 188.113.204 € aus. Unter Berücksichtigung der Finanzerträge (1.274.900 €) und Finanzaufwendungen (3.120.000 €) ergibt dies im Saldo ein Jahresergebnis von -3.227.482 €. Das geplante Ergebnis verschlechtert sich damit gegenüber dem Vorjahr um 3.902.028 €.

Die geplante Unterdeckung im Teilhaushalt 03 Soziales erhöht sich im kommenden Haushaltsjahr voraussichtlich um 4,6 Mio. € da der Zuschussbedarf u.a. in den Bereichen Eingliederungshilfe, Grundsicherung für Arbeitssuchende und Hilfen für Asylbewerber weiter ansteigt.

Auch im Teilhaushalt 04 Jugend wird mit einer Steigerung des Zuschussbedarfs gerechnet. Mehraufwendungen in den Bereichen Tagespflege, Hilfe zur Erziehung und Kindertagesstätten führen voraussichtlich zu Mehrkosten von ca.3,5 Mio. €.

Außerdem müssen Mehraufwendungen bei den Personal- (800 T€) und Sachkosten (400 T€) eingeplant werden.

Auch wenn die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen und damit die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage erneut spürbar gestiegen sind, können die vorgenannten Ausgabensteigerungen gegenüber der Planung für 2018, nicht aufgefangen werden.

Der Gesamtfinanzplan weist Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 184.379.614 € und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 180.494.267 € aus. Unter Berücksichtigung der Finanzein- und Finanzauszahlungen (im Saldo - 1.845.100 €) ergibt sich zunächst ein Liquiditätsüberschuss von 2.040.247 €, der jedoch durch die geplanten ordentlichen Tilgungen (3.374.000 €) zu einem Fehlbedarf von 1.333.753 € wird und in dieser Höhe neue Liquiditätskredite erforderlich macht.

Im investiven Bereich fallen voraussichtlich Auszahlungen in Höhe von 30.658.717 € an. Als größte Investitionsprojekte sind zu verzeichnen:

Die Sanierung des Parkgeschosses beim Dienstgebäude in Bad Dürkheim (1,5 Mio. €), Technikunterstützende Informationsverarbeitung (563 T€), Zuschuss für Um- und Erweiterung der Rettungswache DÜW (500 T€), Sanierungsarbeiten in der Siebenpfeiffer RS Haßloch von insgesamt 6 Mio. €, bei der RS Plus Lambrecht – Sanierung der Sporthalle und Erneuerung Nawi-Räume (515T€), Energetische Sanierung beim WHG DÜW (1,0 Mio. €), IGS Deidesheim - beide Standorte insgesamt 5,6 Mio. €, Tageseinrichtungen für Kinder – Investitionszuschüsse an Kommunen (500 T€), Breitbandausbau (durchlaufende Position 7,5 Mio. €), Rehbachverlegung Haßloch (1,6 Mio. €), und für den Kreisstraßenbau insgesamt 3,2 Mio.

Das Kreisstraßenbauprogramm für das Jahr 2019 weist im Übrigen im Vergleich zum Vorjahr nur wenige Änderungen auf. Entlang der K 24 ist der Lückenschluss des Radweges zwischen Gerolsheim und Lambsheim vorgesehen. Die Gesamtkosten werden

auf 600 T€ geschätzt und mit 65 % bezuschusst. Im Verlauf der K 38 ist die Sanierung einer Stützwand am Legelbach (Projekt 244) erforderlich. Ein Zuschuss ist hier nicht zu erwarten. Außerdem ist der Rückbau des Verbindungsweges zwischen Esthal und Elmstein vorgesehen. Dafür sind 50.000 € eingeplant.

Außer den eingeplanten Investitionszuwendungen i.H. von 16,6 Mio. € stehen keine Eigenmittel zur Verfügung, so dass zur Restfinanzierung zusätzliche Investitionskredite in Höhe von 14,1 Mio. € aufgenommen werden müssen. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen ergibt sich daraus eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von voraussichtlich 10,7 Mio. €.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 ist nach Teilhaushalten gegliedert. Er enthält 413,566 Stellen und somit 11,842 Stellen weniger als der Stellenplan 2018 (425,408 Stellen). In Abänderung zu den Vorjahren wurden 11,12 Vorhaltestellen aus dem Stellenplan genommen. Die Stellen dieser Bediensteten sind durch Neueinstellungen und Umsetzungen besetzt. Die Bediensteten haben einen Anspruch auf Rückkehr nach der Elternzeit/Beurlaubung. Im Stellenplan sind keine Ersatzstellen für Altersteilzeit enthalten. In einzelnen Fachbereichen notwendige Stellenmehrungen konnten durch Stelleinsparungen in anderen Bereichen aufgefangen werden, so dass damit insgesamt gesehen die Planungen gegenüber dem Vorjahr nach unten korrigiert werden konnten.

In den Aufwendungen sind die anstehenden tariflichen Erhöhungen bei den Beschäftigten um 3,19% zum 01.04.2019 eingeplant. Sowohl bei den Beamten als auch bei den Beschäftigten wurde eine strukturelle Erhöhung der Gehälter bzw. der Entgelte berücksichtigt.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen erhöhen sich um ca. 800 T€ gegenüber 2018, während die zahlungswirksamen Personal- und Versorgungsauszahlungen sich mit 26,7 Mio. € auf dem gleichen Niveau wie bei der Planung für 2018 bewegen.

Die leistungsorientierte Bezahlung bei den Beschäftigten ist im Umfang von 2% der Entgelte berücksichtigt. Die Versorgungsumlage wurde von der Versorgungskasse mit einem Umlagesatz von 19% der umlagepflichtigen Dienstbezüge berechnet.

Die vorläufige Berechnung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2019 beruht auf den Meldungen der kreisangehörigen Gemeinden und den Orientierungsdaten aus dem Haushaltsrundschrreiben für das Haushaltsjahr 2019. Danach ist bei einem gleichbleibenden Umlagesatz von 43,6 % und unter Berücksichtigung der Progression mit einem Umlageaufkommen von rd. 67,7 Mio. € zu rechnen. Das bedeutet eine Steigerung von rd. 4,7 Mio. € gegenüber der Abrechnung für das Jahr 2018. Maßgeblich für diese Erhöhung ist die erneut positive Entwicklung bei den Kommunen im Bereich Gewerbesteuer und beim Anteil an der Einkommensteuer.

Der vorliegende Haushalt zeigt leider deutlich die Abhängigkeit von den Entwicklungen im Sozial- und Jugendhilfesektor sowie die unzureichende Finanzierung für diese Zwecke aus dem Landesfinanzausgleich.

Auch wenn die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Kommunen und damit die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage erneut spürbar gestiegen sind, können die Ausgabensteigerungen, nicht aufgefangen werden. Im Finanzhaushalt reichen zwar die

Seite 4 Beschlussvorlage **188/2018**

ordentlichen Einnahmen zur Finanzierung der ordentlichen Ausgaben aus, der positive Saldo ist aber nicht so hoch, dass auch die ordentlichen Tilgungen ohne neue, zusätzliche Kredite bedient werden können.

Mögliche Preisanstiege im Energiesektor könnten sich ebenso negativ auf die Haushaltsentwicklung 2019 auswirken wie Änderungen in der Niedrigzinspolitik der EZB.

Um dieses Zinsänderungsänderungsrisiko zu minimieren, wird der Landkreis Bad Dürkheim ab dem kommenden Jahr am Zinssicherungsprogramm des Landes teilnehmen. Im Übrigen bleibt es weiterhin geboten alle gestaltbaren Möglichkeiten vorrangig zur Ausgabenreduzierung sowie zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen zu nutzen, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

Anlage